

Liebe Freundinnen und Freunde des IFF,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie ganz herzlichen Dank für die Hilfe und Unterstützung, die das IFF im vergangenen Jahr von Ihnen erhalten hat. Wir haben es, glaube ich, umgesetzt und darauf aufgebaut. Für das neue Jahr wünschen wir uns eine Fortsetzung mit einem wieder in vieler Hinsicht neuen IFF, das als lernfähiger Organismus sich an Ihrer Kritik und Ihren Anregungen orientieren möchte.

Ich hoffe, wir haben gemeinsam für das neue Jahr den Elan, den wir brauchen, um alles das zu schaffen, was uns aufgetragen scheint: Einführung des EURO, Überwindung der Wirtschaftskrise, Abbau der Arbeitslosigkeit, Investitionen im Osten, Anhebung der Wohneigentumsquote und Privatisierung von öffentlichem Besitz, Strukturveränderungen bei den vormals staatlichen Dienstleistungen, Sanierung der Rentenversicherung, große Steuerreform, Öffnung der Kapitalmärkte für Kleinanleger, Konsolidierung der Ausbildungsförderung und Entschuldung der öffentlichen Haushalte.

1. Überall stehen die Finanzdienstleister im Mittelpunkt. Sie können das Kapital dort abholen, wo es gespart wird (private Altersvorsorge), um es dorthin zu bringen, wo investiert werden soll (Klein- und Mittelbetriebe, Existenzgründer, Hochtechnologie, Ausbildung, Wohnungsbau), Vertrauen in die neue Währung schaffen, Anreizsysteme bereitstellen und wirtschaftlich vernünftiges Handeln belohnen sowie die Hochtechnologie für eine reibungsfreie wirtschaftliche Kommunikation nutzen.

Die Stimmung für diese Aufgabe ist nicht die beste. Presse und Öffentlichkeit wollen mehrheitlich unseren Banken diese Schlüsselrolle in der aktuellen Lage weder zu- noch anvertrauen. Während die Deutsche Bank sich mit der Schneider-Affäre befassen mußte, ließ die Dresdner Bank unter hämischer öffentlicher Anteilnahme Vorstandsmitglieder wegen Steuerhinterziehung fallen. Die Diskussion um die Macht der Banken im Bundestag, die sich im Stimmrecht im Aufsichtsrat verzettelte, hinterließ ein schlechtes Gefühl. Daß man zum Jahresende mit dem Dritten Finanzmarktförderungsgesetz die Verjährung bei Falschberatung drastisch verkürzen und gleichzeitig ungesicherte Pensionsfonds zulassen will und, was laut Auskunft aus dem Finanzministerium nunmehr zurückgestellt wurde, sogar den Anlegerschutz bei Termingeschäften streichen wollte, hat auch die Frage aufgeworfen, was sich führende Banken eigentlich selber zutrauen.

Trotzdem müssen wir uns für 1998 nicht weniger, sondern mehr Macht der Banken wünschen und zwar genau so viel Macht, wie nötig ist, damit sie die Herausforderungen erkennen und Lösungsansätze erarbeiten können. Wir brauchen diese Macht der Banken aus folgenden Gründen: zum einen weil nicht nur rechtlich etwa in der ersten Bankrechtsrichtlinie den Banken europaweit das Quasi-Monopol bei den Finanzdienstleistungen übertragen ist, sondern auch faktisch Know-how, Instrumentarium und Potential für diese Aufgaben bei den Banken konzentriert sind, zum anderen weil die Einräumung von Macht in einer Demokratie immer zugleich auch die Zuordnung von Verantwortlichkeit bedeutet.

Verantwortlich gehandhabte Macht ist als Steuerungsinstrument auch in der Marktwirtschaft unerlässlich. Von daher sollte nicht die Macht der Banken, sondern Verantwortungslosigkeit in ihrem Handeln zum Zielpunkt öffentlicher Kritik werden. Nicht

die Zahl der Aufsichtsratsmandate, sondern was im Aufsichtsrat passiert, nicht die Höhe der Kreditvergabe, sondern an wen und für welche Zwecke, nicht die Übernahmeaktivitäten, sondern deren Auswirkungen auf Arbeitsplätze und regionales Umfeld müssen ins Zentrum der Diskussion.

Aber weil es zur Zeit nicht so sehr um das Unterlassen von verantwortungslosem Handeln, sondern viel mehr um das *verantwortungslose Unterlassen von Handeln* im Finanzdienstleistungssystem geht, kommt die Öffentlichkeit gar nicht umhin, auch den Banken „Kredit“ und das heißt zu deutsch „Vertrauen“, vorzuschießen und zwar dort, wo sie sich solchen Aufgabe stellen. Neue Ziele wie Kundenorientierung und regionales Engagement, Existenzgründerinitiativen und Mittelstandsförderung, Anpassen der Technologie an differenzierte Kundenbedürfnisse, Mindestgirokonto und Alternativen zum Konkurs, solidarische Produktalternativen in der privaten Altersvorsorge etc. brauchen die Unterstützung der Öffentlichkeit.

**2.** Dabei ist das wechselseitige langfristige Vertrauen eine Dienstleistung, die von ganz entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft sein wird.

Dies jedenfalls behauptet der englische Wirtschaftswissenschaftler Paul Ormerod von der London School of Economics, in seinem erfrischenden Buch „**The Death of Economics**“ (London: Faber & Faber 1994). Das Buch „rechnet“ (mit eben ihren eigenen Methoden) mit der rein quantitativen Orientierung der monetaristischen Volkswirtschaftslehre ab, die an dem Erfolgsmaßstab von Ökonomie, ihrer Prognosefähigkeit gemessen, eigentlich „tot“ sei, gleichwohl jedoch zur führenden Ideologie der Politik aufstieg. Er fragt zu Recht, wieviel Kredit wir Brückenbauingenieuren nach der Art unserer Wirtschaftsweisen und Politikberater noch einräumen würden, wenn diese ähnliche Fehlprognosen über die Haltbarkeit der Brücken aufgestellt hätten wie unsere Volkswirtschaftslehrer zur Arbeitslosigkeit, zu nationalen Disparitäten und Wachstum. Volkswirtschaft, so Ormerod, sei eben keine lineare Veranstaltung, eine Grundannahme, die die Formeltürme der herrschenden Wirtschaftswissenschaft paradoxerweise erst hervorbringe. Vielmehr sei sie eingebettet in Vertrauen, Politik, Recht und Moral ebenso wie in Wachstum, Technologie und unvorhergesehene Ereignisse. Gleichwohl seien quantitative Methoden anwendbar und vor allem kurzfristig wichtig. Nur für die langfristigen Entwicklungen gebe die einfache Mathematik wenig her, weshalb offenere Modelle, wie sie etwa die Chaostheorie in der Mathematik und Naturwissenschaften bereitstelle, mehr versprechen.

Warum wir ihn hier zitieren, liegt aber nicht an diesen spannenden Überlegungen zur Arbeitslosigkeit mit der Widerlegung der angeblich „natürlichen Rate“ der Arbeitslosigkeit, die man in einer Wirtschaft mit geringer Inflation in Kauf nehmen müsse.

Ormerod will mit seiner Theorie, die an den noch umfassend gebildeten Klassikern der Ökonomie wiederanknüpft, **dem Fatalismus entgegentreten**, mit dem sich Politik, Moral und soziale Verantwortung auf die herrschende Ansicht vom scheinbar unabwendbar aber langfristig positiven Verlauf der reinen Marktwirtschaft einlassen. Dabei wird Keynes vom Keynesianismus befreit und eine spannende Entdeckung mathematisch und empirisch untermauert: Keynes Theorie vom deficit spending des Staates und der Unterstützung der Nachfrage durch antizyklisch höhere Löhne und Sozialausgaben in Krisenzeiten, ist nur die durchaus fragwürdige Anwendung einer viel wichtigeren Einsicht, mit der die Entdeckung des psychologischen Gesetzes in praktische Wirtschaftspolitik umgesetzt werden sollte. Mit seinem Satz „Langfristig sind wir alle tot“ hatte Keynes jene Kritiker belächelt, die allein darauf vertrauen wollen, daß der Markt es auf lange Sicht schon richten werde.

Unsere Wirtschaft, und das zeigt die aktuelle Lage in Deutschland überaus deutlich, braucht kurzfristige Verbesserungen. Fast 5 Millionen registrierte Arbeitslose und wachsende Armut ist vergleichbar mit einer Trockenzeit, bei der zwar langfristig Regen zu erwarten ist, dieser Regen aber für versteppte Böden zu spät kommen kann. Übertragen bedeutet das, daß es für bestimmte Menschen, Familien und ganze Stadtteile zu spät sein kann und sich dann alle einig sind, der Staat müsse, wie Inneminister Kanther es für 1998 als *Jahr der Sicherheit* proklamiert, nunmehr plötzlich doch nachfrageorientiert Sicherheitsorgane bereitstellen, die dann alles andere als produktiv wirken.

Was aber läßt sich kurzfristig machen und was hat das mit den Banken zu tun? Keynes war mit seinem psychologischen Gesetz auf die Problematik eingegangen, daß sich die Nachfrage immer nur an historischen Faktoren orientiere und damit Aufschwung verhindere, was wir bei den typischen Elementen

der Kreditwürdigkeitsprüfung der Banken mehr als nachvollziehen können. Wirtschaftlicher Aufschwung braucht aber Vorwegnahme zukünftiger Entwicklungen. Man muß Vertrauen und ein Investitionsklima schaffen. Dazu braucht man Glaubwürdigkeit, die die Politiker mit ihren inzwischen belächelten Prognosen von der Halbierung der Arbeitslosigkeit nicht mehr bieten können.

Keynes ging davon aus, daß jeder Investor nur seiner eigenen Geldbörse glaube. Deshalb meinte er, der Staat könne solche Zuversicht nur dadurch auslösen, daß er dem Sozialhilfeempfänger die Mark mehr zukommen lasse, die dieser sogleich zum Bäcker trage, der zur Absicherung der zusätzlichen Produktion einen neuen Gesellen einstellt, der mit seinem Lohn dann beim Schneider einen Anzug kaufe. Dadurch würde dann der abwärts gewandte „Teufelskreises“ (vicious circle) der Verarmung in eine Aufstiegs spirale („virtuous circle“) verwandelt.

Doch Omerod glaubt insoweit den Kritikern des Keynesianismus, daß dieser materielle Lernprozeß mit Hilfe zusätzlicher Staatsausgaben allzu teuer erkaufte ist und seine langfristigen Folgen für die falsch platzierten Belohnungen sich später in Inflation, mangelnder Produktivität und Rückständigkeit auswirken. Er stellt uns am Schluß seines Buches die Aufgabe, eine solche Zuversicht anders als über Staatsausgaben zu verbreiten, dabei menschliche Ressourcen der sozialen Kohäsion wie Moral und Solidarität, wie sie Europa immer noch zu bieten habe, zu nutzen und Geld in die Hände derjenigen zu bringen, die damit investieren und es ausgeben.

Das hat, sie mögen es erraten, vielleicht etwas mit Bankgeschäften und zwar mit dem zu tun, was wir in dem Buch von Prof. Leo Schuster ((Hrsg.) Die gesellschaftliche Verantwortung der Banken, Erich Schmidt:Berlin 1997 S. 205 ff), mit „Social Banking - Ansätze und Erfahrungen über die Integration sozialer Zielsetzungen in privatwirtschaftliche Finanzdienstleistungen“ beschreiben konnten. Gesucht ist ein Bankgeschäft, das zukunftsgerichtet und risikobereit bei Klein- und Mittelbetrieben, in der neuen Selbstständigkeit oder im sozialen Bereich, in der Infrastruktur und bei der Wohnraumversorgung durch Kredite, Beteiligungen und Investitionen neue Hoffnung schafft, wo die Erträge am ehesten wieder ausgegeben werden. Weniger brauchen wir Investitionen in Palastbauten, Steuersparparadiese und Geldmärkte, die Reichtum nur bestätigen, nicht aber dessen sinnvolle Nutzung vermitteln.

Dazu brauchen Banken ein Know-how, wie man Finanzdienstleistungen in solchen Regionen und auf die Perspektiven persönlicher Entwicklung hin gestaltet und vertreibt. Banken müssen dazu aber auch den Willen haben, Vorreiter zu werden, die sich als Spezialisten für die Schaffung von Einkommen erweisen, wo er für die Gesellschaft insgesamt nützlich ist. Dieses neue unternehmerische Bankgeschäft, und damit sind wir uns mit Omerod einig, kann nur etwas bewirken, wenn es auf dem höchsten Qualitätsstandard zeigt, wie man auch in solchen Bereichen noch Gewinne erwirtschaften kann.

Dafür gibt es Beispiele. Was Omerod volkswirtschaftlich zeigt, daß das Niveau, auf dem Arbeitslosigkeit oszilliert, von Innovation, Politik und Kultur mitabhängt, haben wir in unseren Studien für die Abteilung „Social Economy“ der EU-Kommission im letzten Jahr auch für die oben angesprochenen Mikro-Bereiche gezeigt. Sie wird demnächst in unserer neuen Buchreihe im Nomos-Verlag als Dreiländerstudie zu den Möglichkeiten der Übertragung des us-amerikanischen Gedankens des Community Reinvestment auf Deutschland erscheinen.

Wer konkreter und populärer dazu etwas lesen möchte, der oder die kann in unserem Rowohlt-Bändchen „Mieter kaufen gemeinsam Ihr Haus: Das Modell der Zukunft“ (Reifner u.a. Reinbek 1997) blättern.

Wenn die Öffentlichkeit den Banken für solche vertrauensschaffenden Absichten ebenfalls in *ihrer* „Währung“, der Nachfrage, „Kredit“ gibt statt jede Absichtserklärung und jedes Engagement vor dem Hintergrund einer ganz anders erlebten Bankgeschichte abzutun, dann kommen wir zu einer neuen Form von Kooperation von Öffentlichkeit und Banken, die die Qualität eines produktiven Kreditgeschäftes hat: kritische Partnerschaft und kontrolliertes Vertrauen.

**3. In diesem Zusammenhang kann der Streit zwischen den privaten Großbanken und dem Sparkassensektor auch die Öffentlichkeit nicht unbeteiligt lassen.**

Vordergründig geht es dabei darum, ob die Sparkassen weiterhin öffentlich-rechtlich und nach dem regionalen Ausschließlichkeitsprinzip mit einer Gewährträgerhaftung ihrer Gemeinden ausgestattet bleiben. Die deutschen Privatbanken versuchen vor allem in Brüssel, wo man diese deutsche Spezifik kaum versteht, dies als wettbewerbswidrigen

Subventionstabestand darzustellen. Tieferliegend dürfte es aber darum gehen, ob der Hunger nach Größe durch die Freigabe der Sparkassen für den Fusionsprozeß im Privatbankensektor befriedigt wird. Ein schönes Beispiel wäre hierzu die amerikanische Savings- and Loan Krise, bei der der Staat zuerst den Wettbewerb zu lasten der kleineren Institute freigab, dann, als sie den Wettbewerb erwartungsgemäß nicht überstanden, sie mit ca. 500 Mrd. Dollar Staatsgeldern in der Weise rettete, daß sie zumeist gratis den Großbanken zufließen.

Würden die deutschen Großbanken die Funktionen erfüllen, die aktuell die Sparkassen sehr deutlich und wirksam wahrnehmen, dann könnte es der Öffentlichkeit gleichgültig sein, wie das Institut am eigenen Ort heißt. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit könnte man sogar Vorteile in solcher Marktberreinigung sehen. Dies ist aber nach dem eigenen Bekunden der Privatbanken, die bei allen Fragen der Klein- und Regionalversorgung auf die Sparkassen verweisen, gerade nicht der Fall.

Wir haben im letzten Jahr die Existenzgründerkampagne der Sparkassen mit dem Magazin Stern verfolgt, gesehen, wie sie mit ihrem Standortkonzept sich auch zur Verantwortung für wirtschaftlich problematische Regionen bekannten, die Vorreiterrolle beim Mindestgirokonto nicht nur bei der Selbstverpflichtung, sondern auch bei ihrer Umsetzung übernahmen und sich an der Finanzierung der Schuldnerberatungssoftware beteiligten. Wir dürfen mit Spannung den nächsten Sparkassentag, der vielleicht nicht zufällig in den neuen Bundesländern stattfindet, abwarten, ob diese Impulse dort weitergetragen und damit eine Alternative im Bankgeschäft deutlicher wird, die in anderen Ländern durchaus auch von privaten Großbanken wie etwa der First Chicago in den USA oder von NatWest in England unterstützt wird. Selbstverständlich bleibt auch hier für uns eher das Lukasevangelium mit seiner Aufforderung: „An Ihren Werken sollt ihr sie erkennen“ maßgebend als das Johannesevangelium („Allein aus dem Glauben sollt ihr selig werden“). Aber immerhin ist es gut, wenn eine Bankenorganisation selber Erkenntniskriterien angibt, mit denen wir deren Mitgliedsinstitute messen sollen.

Es wäre gleichwohl nicht nur fruchtlos, sondern auch falsch, wenn wir Verbraucher- und andere soziale Organisationen allein aus moralischen Erwägungen auffordern wollten, bestimmte Institute vorzuziehen. Das Bankgeschäft hat viele Facetten und die Bankkunden wählen zunächst das Finanzinstitut aus, das ihnen persönlich am meisten bietet. „Bequemlichkeit“ ist nach Sicherheit und noch vor Preisen und Ruf das Hauptkriterium für die Auswahl der Bank. Deshalb ist es aber doch wichtig darauf hinzuweisen, welche sozialen Kompetenzen bestimmte Institute über ihre Dienstleistungsqualitäten hinaus haben, wenn bei vergleichbaren Angeboten der Kunde nach weiteren Auswahlkriterien sucht.

Politisch wäre es aber wichtig, jede Veränderung des Status der Sparkassen, ob in Brüssel oder Bonn konzipiert, an die Bedingung zu knüpfen, daß die vom Verband wie einzelnen Sparkassen erfolgreich vertretenen Prinzipien und Modelle unabdingbar gesichert werden. Das wurde bei der Privatisierung der Postbank versäumt.

**4. Das Jahr 1997** war **im IFF** durch die Themen Schuldnerberatung, Modelle des Social Banking, internationale Information im Bereich des Verbraucherschutzes sowie nicht zuletzt durch eine Reihe von Publikationen gekennzeichnet.

- Für das Bundesministerium der Justiz und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) hat Susanne Veit die Studie über die Möglichkeiten, Formen und Inhalte der außergerichtlichen **Schuldenbereinigung** nach der neuen Insolvenzordnung abgeschlossen, die 1998 in der Reihe des BMJ im

Bundesanzeigerverlag erscheinen wird. Jan Evers hat mit einer erfolgreichen Pressekonferenz in Frankfurt unsere Moderation bei der Zusammenarbeit von Schuldnerberatungsstellen und der Verbraucher-Zentrale in Hessen abgeschlossen. Zunächst noch Bianca Haane und dann (nach deren Überwechseln in eine attraktive Leitungsstelle bei der NATO in Brüssel) Susanne Veit haben das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) unterstützte Projekt **CADAS für Windows** weitergetrieben und die Grundlagen für die nächste Version aufbereitet. Wir werden sie im Frühjahr mit all den Anregungen aus der Reihe der inzwischen über 700 Nutzer-Stellen in Deutschland mit einem neuem Software-Partner in Angriff nehmen. Einen wichtigen Anteil hatte dabei die Erfahrung und Mitarbeit von Ulf Groth von dem Förderverein Schuldenberatung im Lande Bremen e.V., der auch unsere bereits guten Kontakte zur BAG Schuldnerberatung ausbaute. Inzwischen sind auch unsere Verhandlungen in England mit Alan Jarvis von der englischen Dachorganisation Money Advice Trust so weit fortentwickelt, daß unsere als Demoversion entwickelte englische CADAS-Windows-Version gute Chancen hat, auch dort in angepaßter Form Verwendung zu finden. Da wir Ende Januar die französische Version für das Centre d'Endettement in Charleroi/Belgien abgeben wollen, die die EU-Kommission mitfinanziert hat, bahnt sich die Möglichkeit an, die darin jeweils gespeicherten Daten zur Überschuldung auf stetiger Basis international auszuwerten. Ideen für CADAS '98 haben wir genug und internationale Vorbilder und Erfahrungen in reichem Maße ausgewertet. Mit einem Gutachten zur **Überschuldungsbekämpfung** für die DG XXIV der EU-Kommission, für die wir mit Ihrer Hilfe über 120 Berichte von Schuldnerberatungsstellen sammeln konnten, wollen wir den Grundstock für den „Dritten Schuldenreport“ für 1998 bilden. Für deren Mitherausgeberschaft und Mitfinanzierung suchen wir wieder, wie schon 1994 und 1996, Partner.

- Im Bereich des **Social Banking**, den Jan Evers leitet, stand im Mittelpunkt der Abschluß der Dreiländerstudie zu den Möglichkeiten, solche Bankgeschäfte politisch aus Brüssel bzw. aus Paris, London oder Bonn heraus zu fördern, wobei das IFF die Gesamtleitung des Projekts hatte, das in Großbritannien von Malcolm Lynch, Solicitors und in Frankreich von dem Experten auf diesem Gebiet, Benoît Granger, in Kooperation mit EPICEA erfolgreich abgeschlossen wurde. Es ist inzwischen vor allem in Großbritannien bei Regierungsstellen und bei der EU-Kommission auf großes Interesse gestoßen. Das Projekt hatte die Unterstützung von Privatbanken in England und Frankreich. In Deutschland war wieder die Sparkassenorganisation, die schon die Vorstudie zur Situation in den USA in Auftrag gegeben hatte, nicht nur eine wichtige Finanzierungsquelle, sondern vor allem auch ein hilfreicher Informant und kompetenter Gesprächspartner. Die Studie kann wie alle anderen Gutachten beim IFF bestellt werden.

Eine Studie zum **Micro-Lending**, einem in den USA (u.a. Working Capital), Frankreich (ADIE), Bangladesh (Granmeen) und anderen Entwicklungsländern eingesetzten System, über Kleinstkreditvergabe Langzeitarbeitslose in das Berufsleben zu integrieren, konnte für die Sparkasse Aachen und auf Initiative eines Bundestagsabgeordneten fertiggestellt werden.

Die Initiative der Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg, mit Unterstützung der Körber-Stiftung durch das IFF einen **Runden Tisch** zwischen Finanzdienstleistern und „Stakeholder“, das sind alle diejenigen, die ein nachhaltiges Interesse am Bankgeschäft haben, zu konkreten Hamburg bezogenen Themen zu organisieren, ist zu 75% finanziell abgesichert und wird hoffentlich 1998 umgesetzt werden können.

- Im Bereich der **Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen** und vor allem in der Konkursprävention durch angepaßte Finanzierungs- und Konfliktbegleitungsstrategien wird die Konferenz in Rom im Auftrag der OECD nunmehr in unserer Nomos-Reihe erscheinen. 1997 gehörte wieder einer Reihe von Einzelstudien zu gescheiterten bzw. vor dem Scheitern stehenden Finanzierungen mittelständischer Unternehmen und vor allem Existenzgründern in den neuen Bundesländern. Zum ersten Mal konnten wir frühzeitig eingeschaltet daran mitwirken, daß ein mittelständisches Unternehmen in den Neuen Bundesländern einen finanztechnisch interessanten Weg mit einer Großbank vereinbarte und damit der bereits ausgebrochene sinnlose „Krieg“ zwischen dem vom Konkurs bedrohten Unternehmer und der Bank in eine Kooperation übergeleitet werden konnte. In den anderen Fällen des Scheiterns blieb uns nur die genaue Analyse, wobei die Gutachten die Sachlage so aufbereiten konnten, daß die Unternehmer ihr Scheitern nicht als persönliches Scheitern, sondern als Lernprozeß begreifen konnten. Daß ein gemeistertes Scheitern oft eine bessere Voraussetzung für einen Neuanfang ist, hat auch Bundeskanzler Kohl vor dem Treffen der Jungen Union 1997 den Banken als Lernauftrag mitgegeben. Die Rückmeldung von den betroffenen Banken auf unsere Gutachten war zum ersten Mal nicht mehr nur negativ bis hin sogar zu einem allerdings bisher nicht realisierten Kooperationswunsch.

Ein größeres **Forschungsprojekt** über Möglichkeiten, durch eine Verbindung mediativer Elemente, den Erfahrungen von personenorientierter Kreditvergabe und ihrer Psychologie im Krisenfall, sowie angepaßte Produkte Insolvenzen von Existenzgründern vorzubeugen, soll 1998 in Angriff genommen werden.

- Probleme bereitet uns nach wie vor die **Baufinanzierung**. Zwar mangelt es nicht an einer Vielzahl von Gesprächen mit Hypothekenbanken, Geschäftsbanken, Sparkassen und Bausparkassen. Auch wurden unsere Vorschläge zur Finanzierung von Wohneigentum für Schwellenhaushalte, ältere Menschen bzw. zur Mietermitverantwortung über unser Modell eines „**Mieterfonds**“ auf Foren von Bauträgern und Banken in Bonn und Berlin, auf Veranstaltungen wohnungspolitischer Gremien in Hamburg sowie auf einer wissenschaftlichen Konferenz an der Universität Cambridge mit viel Interesse und Belobigung versehen. Seit einem Jahr gibt es immerhin Verhandlungen mit einer großen Hypothekenbank zu einer Modellentwicklungspartnerschaft, die sich 1998 realisieren könnte. Daß das IFF dabei nicht nur Ideen, sondern vor allem Erfahrung aus der indirekten Betreuung von Tausenden von Finanzierungsberatungen und Beschwerden bei den Verbraucherzentralen beisteuern kann, sollte eine solche Kooperation auch für andere Banken interessant machen. Darüber hinaus sollten die deutschen Banken, gebremst durch ihre eigenen Bausparkassen in diesem Bereich, die wirtschaftliche Entwicklung zum Wohneigentum für niedrigere Schichten nicht verschlafen. Es könnten dann erfahrenere ausländische Banken oder non-banks wie die Finance Companies in den USA in die Bresche treten. Auch die besseren Kunden erwarten im übrigen überwiegend bereits bei Abschluß, daß Banken darauf antworten können was passiert, wenn es ihren Kunden einmal nicht mehr gut geht. Dies hat zumindest eine Marketingumfrage einer großen Bank bei eintausend Kundenhaushalten ergeben.

Auf der Seite der Verbraucherzentralen zeigen sich inzwischen die Früchte der langen Diskussionen seit 1989 über den Aufbau und die Sinnhaftigkeit der **Baufinanzierungsberatung**. In Hamburg wird sie als erste Leistung der

gemeinnützigen Zentrale kostendeckend angeboten. In Baden-Württemberg ist sie ausgebaut, allerdings durch die etwas unsinnigen Kürzungen dort nunmehr behindert. Niedersachsen und Bremen ebenso wie Hessen und Rheinland-Pfalz und alle neuen Bundesländer sind hier aktiv. Jetzt hat auch NRW mit dem Aufbau begonnen. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur Vorfälligkeitsentschädigung ist eine Folge dieser Verbesserungen. Sie hat keine Überraschungen mehr gebracht, nachdem wir uns in dem Seminar mit dem Senatsvorsitzenden, den Vertretern der Verbraucherzentralen sowie der Hypothekenbanken auf Einladung des IFF vor fast zwei Jahren bereits in wesentlichen Punkten so zugehört hatten, daß die Praxis der Berechnung und Ablösung stark aufeinander zuge laufen war. Die Banken haben sich viel Ärger damit erspart und durch die rationalere Haltung gegenüber der Nachrechnung bei den Verbraucherzentralen und im IFF auch Sympathien zurückgewonnen. Leider verbleiben auch nach diesem Urteil einige Berechnungsunklarheiten und ein Folgeseminar soll, wie auf dem Service-Seminar mit den Verbraucherzentralen im IFF befürwortet wurde, 1998 folgen, soweit die Bankenvertreter daran interessiert sind und wieder die Finanzierung sicherstellen. (Weiter im Rahmen des Seminarprogramms ist das Thema „Umsetzung der Insolvenzordnung“ vorgesehen.

In diesem Zusammenhang hat unserer **Rechenservice** unter Leitung von Cornelius Buchmann erheblich an Bedeutung gewonnen. Hunderte von Bankenberechnungen werden monatlich im IFF inzwischen nachvollzogen, teilweise auf direkte Kundenanfrage, teilweise für Verbraucherzentralen. Auch über die neue Zeitschrift Plus wird ein gemeinsamer Rechenservice angeboten, wobei das IFF mit seinen Programmentwicklungen und Anpassungen nicht nach dem Prinzip arbeitet, das Maximale für den einzelnen Verbraucher herauszuholen, sondern die optimale Position für alle Verbraucher zu vertreten.

1998 sollen aus dem bewährten **Programm BAUFUE** mit einem neuen Softwarepartner und einem Mitfinanzierer nach einem neu erstellten Konzept eine Reihe von Windowsprogrammen entstehen, die dann einerseits ein verbessertes Gesamtextpertensystem darstellen, andererseits aber auch beim Verbraucher selber etwa über Kooperationen mit Fernsehstationen eingesetzt werden kann.

Die Erfahrung im IFF mit Verbraucherbeschwerden und die Betreuung bereits abgeschlossener Kundenverträge und -beziehungen stehen als Bausteine der **Unternehmensberatung** bereit. Erste Anfragen und Verhandlungen etwa zur Begutachtung der Kundenfreundlichkeit von Beratungssystemen einer Bank bzw. von Sparkassen bestehen.

- Einen erfreulichen Aufschwung haben die regelmäßigen **Serviceleistungen** des IFF angenommen. 80 neue Infobriefe an alle am Netzwerk Angeschlossenen wurden an Hand von Anfragen erstellt und versandt. Mehr als 200 solcher konkreten Briefe zu Rechtsproblemen, Rechenproblemen, Analysen von Finanzdienstleistungsprodukten, rechtspolitischen Fragen und Gesetzesvorhaben bilden den Grundstock zu einem praxisnahen Nachschlagewerk, das auch auf CD-ROM und im Internet archiviert wird. 11 Verbraucherzentralen, AgV und die Stiftung Warentest, Redaktion FINANZtest sind Abnehmer und Partner in diesem Netzwerk, das noch andere Serviceleistungen enthält. Inzwischen haben wir auch ein entsprechendes Angebot für Serviceleistungen an Banken und Sparkassen und hoffen auf deren Interesse.
- Eine große Anstrengung bedeutete der Ausbau unserer **Datenbank über**

**Finanzdienstleistungsinformationen** unter der Leitung von Michael Feigl, die nunmehr mit über 20.000 ausgesuchten Volltextdatensätzen zu Recht, Wirtschaft und Organisationen, Beratungseinrichtungen, Verbraucherinformation etc. im Finanzdienstleistungsbereich zum unverzichtbaren Informationsmittel für Multiplikatoren, Banken, Anwälte und Presse wird. Da wir dieses Netzwerk im Projektbereich von Stefanie Jack parallel in sieben EU-Ländern aufbauen und entsprechende Sprachversionen auf der CD-ROM sind, zudem die Datenbank ab Anfang 1998 auch auf dem Internet abrufbar sein wird („hybride CD-ROM“), wollen wir seinen Wert mit einer geänderten Konzeption darstellen. Die CD wird zu einem günstigen Preis verkauft, von den Verbraucherverbänden wie bisher mitgetragen und nach vorbereiteten Kriterien **Finanzdienstleistungsanbietern** und anderen an der Verbreitung in diesem Bereich interessierten Institutionen **Platz zur koordinierten Information** anbieten. Außerdem soll die Datenbank, die bereits die meisten Informationen zu Beratungseinrichtungen enthält, auch für Anwaltsinformation geöffnet werden. Als Vehikel zur Verbreitung von „Best Practice“ Informationen haben wir weitere Institutionen wie die ILO in Genf und das Office of Fair Trading in London interessiert. International haben wir inzwischen in dem renommierten **Policy Studies Institute** (PSI) in London mit Elaine Kempson einen Partner hinzugewonnen, der das verstärkte englische Interesse an dieser Datenbank (Social Investment Forum, National Consumer Council, Office of Fair Trading) bündeln wird.

Die **5. Europäische Finanzdienstleistungskonferenz** soll am 24./25. September 1999 unter dem Thema „**Access to Financial Services**“ diesmal wahrscheinlich in Göteborg/Schweden stattfinden. Bei der EU-Kommission gibt es bereits ein positives Echo. Wir hoffen auf entsprechenden Zuspruch von Bankenseite. Im Herbst 1998 wird sich wieder eine internationale Vorbereitungsgruppe bilden und möglichst am Tagungsort treffen.

- Auf unsere **Finanzratgeberreihe** im Rowohlt-Verlag, die Anfang 1998 zehn Titel umfassen wird, und die Jan Evers betreut, Cornelius Buchmann im IFF in einer erfreulichen und erfrischenden Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Müller vom Verlagslektorat bearbeitet, sind wir stolz. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Titel beigesteuert. Wir haben neue Autoren entdeckt und das Prinzip, wissenschaftlich fundierte Populärliteratur anbieterunabhängig und im Gesamtinteresse der Verbraucher zu schreiben, näher ausgestaltet. Die Bücher werden auch über einige Verbraucherzentralen verkauft.

Besonders freut uns auch die Zusammenarbeit, die jetzt auch mit der Stiftung Warentest durch die Teilnahme am Servicesystem sowie durch ein gemeinsames Projekt entstanden ist. Die langjährige Arbeit für die Zeitschrift CAPITAL, neue Kontakte zur Verbraucherzeitschrift Plus und die Sendungen, die wir in ARD, ZDF, RTL und SAT 1 mitgestalten konnten, zeigen, daß wir Hintergrundinformationen pressegerecht, zutreffend und schnell aufbereiten können. Da Marco Habschick, der bisher in der Telebörse für ntv moderierte und seit mehreren Jahren unseren Infodienst **BankWatch** auf dem Internet betreut, nunmehr zu uns als Mitarbeiter übergewechselt ist, werden wir in unserer **Arbeit für die Presse** sowie für die Bankbilder in FIS erhebliche Verstärkung bekommen.

- Wir haben 1997 überproportional viele wissenschaftliche Veröffentlichungen erstellt. Dazu gehören vor allem auch Aufsätze im Ausland wie in Skandinavien (Geldtechnologie, Zivilrecht und soziale Steuerung), Großbritannien (Soziale

Produktgestaltung; Wohnraumfinanzierung) und Israel (Formentwicklungen im EU-Recht). Für unsere neue wissenschaftliche IFF-Reihe im Nomos-Verlag sind bereits drei Titel (Small Business Financing, Social Investment in Europa, Mieterfonds) fertiggestellt und sollen 1998 erscheinen. Die Betreuung des Finanzdienstleistungsteils in **Verbraucher und Recht (VuR)** durch Sebastian Trabhardt geht ebenso weiter. Eine Neuauflage des Kreditrechtshandbuchs im Beck-Verlag ist für das neue Jahr vorgesehen.

6. Auch in der **Technik** geht es ständig weiter. Nachdem wir 1997 in die neuen Räume gewechselt sind, haben wir 1998 die Computeranlage erneuert, ein neues Netzwerk eingerichtet und sind jetzt über einen eigenen Provider mit e-mail-Adressen aller Mitarbeiter unter dem eigenen Domain-Namen „**iff-hamburg.de**“ im Internet vertreten. Eine neue Finanzplanungssoftware, die im Access-Format die Daten aus unserem electronic banking sowie unseren Projektplanungen zusammenführt, wurde von einer Projektgruppe der HWP konzipiert.

7. Das eigentliche Potential des IFF sind die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**. Jeder der mit dem IFF zu tun hat, wird schon einmal mit Ilona Kotek gesprochen haben, deren Aufgabenbereich in Sekretariat, Rechnungswesen und Innenorganisation ständig wächst. Mit Stefanie Jack haben wir seit November 1997 für den Bereich Internationales, Marketing und Konferenzen eine Frau hinzugewonnen, die Sinologie studierte, in China im Hotelmanagement arbeitete und dann in Deutschland Personalmessen organisierte. Sie bringt die Fremdsprachenkenntnisse im IFF auf die stattliche Zahl von sechs. Torsten Peters arbeitet projektbezogen im Bereich Baufinanzierung. Der neue Geschäftsführer in Nachfolge für Bianca Haane ist Martin Jung, der bisher in der Forschung bei ISA-Consult in Hamburg tätig war und bereits in dem Projekt über Tätigkeitsfelder im Bankenbereich mit dem IFF kooperierte. Der Zugewinn durch Marco Habschick von ntv wurde bereits erwähnt. Damit dürfte die Mannschaft für die großen Aufgaben gerüstet sein, die 1998 auf uns und auf Sie warten.

Wir wünschen uns hierzu alle gemeinsam ein erfolgreiches Jahr, das neues Selbstvertrauen und soziale Gerechtigkeit in die europäisch erweiterte Wirtschaft und Gesellschaft bringt.